

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin als sicherer Hafen für Oppositionelle: Stärkung und Ausweitung der Exilprogramme für türkeistämmige Oppositionelle

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird dazu aufgefordert, die bestehenden Exilprogramme für Kulturschaffende und Wissenschaftler*innen auf verfolgte oppositionelle Politiker*innen und Aktivist*innen auszuweiten.

Am 28. Mai wurde in der Türkei Recep Tayyip Erdogan zum Präsidenten der Türkei gewählt. Besonders der kriminalisierende Umgang in den letzten Jahren unter Erdogans Regierung mit Oppositionellen, Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und Studierenden in der Türkei, aber auch die Ankündigungen im Wahlkampf gegenüber LSBTIQ* geben Anlass zur Sorge, dass Oppositionelle unter Erdogan nach der Wahl zunehmend unter Druck gesetzt werden.

Das Abgeordnetenhaus teilt diese Sorge und geht davon aus, dass immer mehr Türk*innen ihr Land deswegen verlassen wollen. Berlin als Stadt der Freiheit setzt sich für die Freiheit des Worts, die Freiheit der Lehre und die Freiheit der Kunst ein und soll sicherer Hafen für bedrohte Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*innen werden.

Begründung

Nicht nur in der Türkei, sondern auch in vielen anderen Ländern erfahren Menschen derzeit Einschränkungen, die dazu führen, dass sie diese Länder verlassen müssen oder wollen. Vor diesem Hintergrund hat Berlin bereits verschiedene Programme und Fellowships aufgesetzt, um diese Menschen zu unterstützen und die soziale und weltoffene Ausrichtung der Metropole Berlin zu stärken.

Berlin verfügt bereits über drei gut ausgestattete so genannte Exilprogramme für Menschenrechtsaktivist*innen, Künstler*innen und Wissenschaftler*innen im Exil. Die Programme sind bei SenWEB, SenKult und SenGPG angesiedelt.

Mit dem Programm zur Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kulturelle Freiheit (Titel 68638 „Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit“ in den Kapiteln 0810 und 1350) der Senatsverwaltung für Kultur und Europa sollen professionelle Kunst-, Medien- und Kulturschaffende, die ihre bisherigen Aufenthaltsländer verlassen müssen oder wollen, unterstützt werden, eine berufliche Perspektive in der Kunst- und Kulturszene Berlins zu finden.

Das Programm zur Förderung der Wissenschaftsfreiheit (Titel 68510, Teilansatz Nr. 3 „Programm zur Förderung der Wissenschaftsfreiheit“ im Kapitel 0910) in Kooperation mit der Einstein-Stiftung ermöglicht Wissenschaftler*innen, die in Krisengebieten bedroht oder in ihren Heimatländern in ihrer Arbeit eingeschränkt sind, für bis zu zwei Jahre in Berlin tätig zu sein. Ziel des Programms ist es, in Berlin in einer produktiven Umgebung arbeiten und ohne Einschränkungen wissenschaftlich tätig sein zu können.

Im Rahmen des Programms „Weltoffenes Berlin“ werden bis zu einjährige Fellowships für Kunst-, Medien- und Kulturschaffende vergeben, die ihre bisherigen Aufenthaltsländer aufgrund der dortigen politischen Situation verlassen haben oder wollen. Die Fellowships sollen den Zugang ins Berufsleben erleichtern und eine eigenständige künstlerische bzw. kreative Tätigkeit ermöglichen.

Von diesen bereits bestehenden Programmen könnten türkeistämmige Oppositionelle profitieren. Berlin soll sie daher nutzen und so erweitern, dass auch oppositionelle Politiker*innen und Aktivist*innen unter die förderungsfähige Zielgruppe fallen. So kann Berlin kurzfristig einzelnen Oppositionellen aus der Türkei, die ihr Land verlassen müssen, zu einem gesicherten Aufenthalt im Exil verhelfen.

Berlin, 17. Juli 2023

Jarasch Graf Omar
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen